

Quelle/URL: <http://www.taz.de/1/zukunft/umwelt/artikel/1/stoerfall-wird-zum-normalfall/>

22.01.2010

Radioaktivität freigesetzt

Störfall wird zum Normalfall

VON ANDREAS WYPUTTA

Während die Regierung mit der Industrie über die Verlängerung der Akw-Laufzeiten verhandelt, häufen sich die Probleme in nordrhein-westfälischen Atomanlagen.



Die 152 Castor-Behälter mit Müll aus dem stillgelegten Atomversuchsreaktor Jülich sollen nach Ahaus transportiert werden.

BOCHUM taz | Die schwarz-gelbe Bundesregierung diskutiert mit der Atomindustrie über Laufzeitverlängerungen für die deutschen Atomkraftwerke. Derweil sorgen in Nordrhein-Westfalen Atom-Störfälle für Aufregung. Wie Freitag bekannt wurde, ist in Deutschlands einziger Urananreicherungsanlage (UAA) im münsterländischen Gronau am Tag zuvor Radioaktivität freigesetzt worden. Dabei wurde ein Mitarbeiter verstrahlt. Er wurde "zur Beobachtung in die Universitätsklinik Münster" gebracht, so eine Sprecherin des UAA-Betreibers Urenco. Sonst sei niemand gefährdet.

Die Gronauer Anlage versorgt die Atomindustrie mit hochangereichertem Uran, das zu Brennstäben weiterverarbeitet wird. Betreiber Urenco ist ein deutsch-britisch-niederländisches Joint Venture, an dem die Konzerne RWE und Eon jeweils 16,6 Prozent der Anteile halten. Er bedient nach eigenen Angaben rund 25 Prozent des weltweiten Brennstoffmarktes.

Atomkraftgegner forderten nach dem Störfall vom Donnerstag die sofortige Stilllegung der UAA. "Nötig ist eine unabhängige Untersuchung, die nicht vom CDU-geführten, atomfreundlichen CDU-Landeswirtschaftsministerium geleitet werden darf", so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen zur taz. Der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen SPD, Michael Groschek, forderte: "Am Atomausstieg darf nicht gerüttelt werden."

Zumal: Mit dem 1988 stillgelegten Atomversuchsreaktor des Forschungszentrums Jülich bedroht im bevölkerungsreichsten Bundesland eine weitere Altanlage Bevölkerung und Umwelt. Durch einen Störfall, der sich schon 1978 ereignete, aber zwanzig Jahre verschwiegen wurde, ist der Untergrund unter dem Reaktor radioaktiv verseucht. Dessen Betreiber, die Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor (AVR), will den 2.100 Tonnen schweren Kern darum nun in einer weltweit einmaligen Aktion um 200 Meter auf einem Luftkissenschlitten versetzen lassen. Dann soll der Boden dekontaminiert werden. Der Rückbau der stillgelegten Anlage ist schwierig.

Offenbar plant die AVR, hinter der als einziger Gesellschafter das Bundesfinanzministerium steht, darum auch ein oberirdisches Endlager: Schon heute rechnen die Wissenschaftler des Forschungszentrums Jülich mit einer "Abklingzeit von mehr als 60 Jahren" für den Reaktorkern. So steht es auf der eigenen Homepage. Weiter heißt es, dass "die Einlagerung in das Endlager Konrad (sofern zu diesem Zeitpunkt noch in Betrieb), ebenfalls nicht in überschaubarer Zeit in Frage" komme. Der Reaktorkern ist mit radioaktiven Isotopen wie Cäsium 137 und Strontium-90 verstrahlt. "Für den Reaktorkern gibt es derzeit keine Zerkleinerungstechnik", so der Sprecher des Forschungszentrums, Peter Schäfer, gegenüber der taz.

Die Brennelemente aus Jülich sollen noch in diesem Jahr ins Zwischenlager Ahaus gebracht werden. Das sorgt für Proteste. "Rein politisch motiviert" seien diese Transporte, sagt Felix Ruwe von der Bürgerinitiative Kein Atommüll in Ahaus. Die Verlagerung des Atommülls gefährde die Menschen entlang der Transportstrecke quer durch Rheinland, Ruhrgebiet und Münsterland. Am heutigen Samstag protestieren Atomkraftgegner, Grüne und Linke mit einem "Autobahnaktionstag" gegen die Castor-Transporte.